

Bezugspreis:

Bestellfrist 14. — 12. monatlich 3. — 12. ...

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die eingetragene Kennzahl ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 26. Oktober 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Ausnahmezustand über England.

Amsterdam, 26. Oktober. „Telegraaf“ zufolge hat das Unterhaus in zweiter Lesung die Bill bezw. den Ausnahmezustand mit 257 gegen 57 Stimmen angenommen.

London, 26. Oktober. Unterhaus. Vor der Annahme der Ausnahmebill stellte Bonar Law nachdrücklich in Rede, daß die Bill einen Angriff auf die Gewerkschaften bedeute, und jagte, sie werde nur in Kraft treten, wenn eine Aktion erfolge oder drohe, die zum Ziele habe, den Staat der ihm notwendigen Lebensbedürfnisse zu berauben.

Der Erfolg in England.

London, 26. Oktober. Vor der Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen der Regierung und den Vertretern der Bergleute hielten die Minister eine Konferenz mit den ausländischen Sachverständigen ab.

Im Unterhause verlangten der Führer der Arbeiterpartei, Henderson, und der Führer der Eisenbahner, Thomas, die Verschlebung der Verhandlung über das Gesetz betreffend die Ausnahmebestimmungen.

Der Hungerstreik der Iren.

Paris, 26. Oktober. Nach einer Meldung des „Matin“ aus London befinden sich im Gefängnis in Cork noch 9 Sinnfeiner, die seit 78 Tagen hungern.

New York, 26. Oktober. Der Tod des Bürgermeisters von Cork hat unter den Iren in New York große Erregung hervorgerufen.

Sinowjews Kriminalpolizisten.

In der „Roten Fahne“ erzählt Sinowjew einen langen Abschließbrief, voll von den demagogischen Bedrohungen, in denen er Meißner ist.

Wir müssen es uns bei der Raumnähe verlagern, auf alle Mädchen und Mädchen, mit denen Sinowjew arbeitet, hier ausführlich eingesehen. Aber eins hat uns doch aufrichtig gefreut, nämlich die Stelle, an der Sinowjew mit hämischer Behagen erzählt, man habe ihm zum Trotz gesagt, die ihn überwachenden Kriminalbeamten seien fast alles Sozialdemokraten gewesen.

Wir glauben gern, daß für Sinowjew sozialistische Kriminalbeamte etwas Ungewöhnliches und gänzlich Neues sind. (Nobelen: Wir hätten das Geschehene über „bedungene Wörder“ hören mögen, wenn man Sinowjews Leben als deutschen Kriminalbeamten anerkennen hätte.)

Der Fall Augustin.

Gegenüber einer einseitigen Mitteilung der Korrespondenz Danneberg veröffentlicht der Staatssekretär im Preussischen Landwirtschaftsministerium, Dr. Kamm, zu dem Fall Augustin durch die P. S. R. folgende Darstellung.

Der erste Geschäftsführer der Ackerbaugesellschaft, Herr Karl Lieber, der vielfach in Hamburg ist, wo er ein eigenes Geschäft betreibt, kam am 7. Mai d. J. zu mir und sagte mir: „Ich habe festgestellt, daß die Ackerbaugesellschaft Herren vom Reichswirtschaftsministerium mit Geld bestochen hat, um sie den Wünschen der Gesellschaft entgegen zu machen.“

besten Märtyrer, die jemals für die Freiheit gestorben sind“, die amerikanische Flagge auf dem Rathaus aufziehen.

König Alexander von Griechenland †.

Nach einer Sabotage-Meldung ist König Alexander den Folgen der Blutvergiftung erlegen. Damit wird die Frage seiner Nachfolgerschaft akut. Es ist nicht anzunehmen, daß der frühere König von Griechenland, Konstantin, als Bewerber ernstlich in Betracht kommt.

Sozialisierungsantrag in Tschechien.

Prag, 26. Oktober. (M.) „Cesko Slovo“ zufolge werden die tschechoslowakischen Abgeordneten Urdensky und Genossen im Parlament die Sozialisierung der Kohlengruben in der Tschechoslowakei vorschlagen.

etwas machen wir unter keinen Umständen! Da kann es sich nur um Hermes und Augustin handeln, und für diese beiden Herren lege ich die Hand ins Feuer.

Wahlrechtsänderung in Norwegen.

Kristiania, 26. Oktober. Der Storting beschloß mit 92 gegen 81 Stimmen eine Herabsetzung des Stimmrechtsalters zu den Parlamentswahlen von 25 auf 23 Jahre.

Der paritätische Beitrag für Oberlehrer bei der Interalliierten Kommission ist auf den 28. Oktober nach Duppeln einberufen worden.

Die Warnung aus Hannover.

Die stärkste bürgerliche Partei, wie sie sich mit Stolz nennt, die Deutschnationale Volkspartei, hält in Hannover ihren Parteitag ab. Sie erinnert uns dadurch zur rechten Zeit daran, daß es auch außerhalb der Arbeiterbewegung politische Erscheinungen gibt, die unsere schärfste Aufmerksamkeit verdienen.

Die Deutschnationale Volkspartei befindet sich heute in der vollsten Blüte ihrer reaktionären Demagogie, und es ist gar nicht zu leugnen, daß sie auf gewisse Bevölkerungsteile eine starke Anziehungskraft ausübt.

Die Deutschnationalen haben es verstanden, die Reichsvereinigten und Unbelehrbaren um sich zu sammeln, die nicht wissen, daß das nationale Unglück Deutschlands eben die Schuld derer ist, die sich heute wieder mit lautestem Rande die Nationalen nennen dürfen.

Und wenn sie noch aus ihren Fehlern etwas gelernt hätten! Aber nein, die unter ihrer Führung stehende Partei stellt noch heute die Inkarnation alles dessen dar, was unser Volk ins Unglück gestürzt hat.

Für das deutsche Bürgertum ist das Wiederaufleben dieser Interessen des deutschen Volkes höchst schädlichen Propaganda kein Ruhm.

Das nächste Ziel deutschnationalen Strebens ist die Herstellung eines bürgerlichen antisozialdemokratischen Regierungsblokes.

Leuten für die deutsche Arbeiterklasse, ein ganz neues Kapitel im Kampfe um die Macht würde mit ihm beginnen.

Der Unersand, der sich in Hannover austobt, hat ein großes Reich in Trümmern geschlagen, er könnte, wenn er noch einmal zur Macht käme, nichts anderes tun, als die Trümmer in noch kleinere Scherben zerbrechen. Wenn man hört, wie dort nach der großen Arme und nach dem Tag der Rache geschrien, wie durch großmühtige Redensarten ein übermächtiger einmühtiger Gegner herausgefordert wird, so fohrt man sich unwillkürlich an den Kopf über diese Sorte von Patriotismus, die alles vergessen und gar nichts hinzulernt hat. Man gewinnt den Eindruck, daß diese Patrioten bereit sind, über die Leiche des Vaterlandes durch die unsterbliche Kraft der Dummheit, an die jedes Wort ihrer Propaganda appelliert, wieder zur Macht zu schreiben, zur Macht, die verloren zu haben, sie niemals wiederverlangen können.

Das vollständige Verlagen des Bürgertums gegenüber dieser im Namen der Ordnung auftretenden Forderungspolitik zeigt der Arbeiterklasse die Größe ihrer geschichtlichen Aufgabe. Für sie ist die demokratische Republik nicht das letzte Ziel, aber wenn sie sieht, wie ihre Todfeinde diese Republik begehren und bedrohen, muß ihr da nicht ihr natürlicher Instinkt sagen, daß das, was von jener Seite so stürmisch herantreibt, für sie eine mit dem Aufgebot der letzten Kräfte zu verteidigende Stellung sein muß? Muß sie sich nicht sagen, daß dieser Gegner niemals so groß und so gefährlich werden konnte ohne ihre Uneinigkeit? Die deutschnationale Partei verdankt ihre wachsende Macht nur der ultraradikalen Verwirrung eines Teils der Arbeiterbewegung, und nur darum konnte dieser Feind wieder so groß werden, weil man mit ihm sich zu beschäftigen beinahe vergessen hatte. Man hatte „Wichtigeres“ zu tun! Jetzt geht die Kampfanzlage von Hannover den Arbeitern so deutlich ins Ohr, daß sie eigentlich bis auf den letzten Mann wissen sollten, woran sie sind. Es wäre Zeit für sie, zu lernen, denn gewarnt sind sie!

„Vereinigte kommunistische Partei“.

Ein Sammlungsaufruf.

Der neokommunistische Flügel der ehemaligen U. S. V. und die N. P. D. sind im Begriff, ihre Vereinigung zu vollziehen. Zu diesem Zweck erlassen sie an der Spitze der „Roten Fahne“ einen Aufruf zur Verschmelzung und Bildung einer „einigen Partei der deutschen Kommunisten“. Der Aufruf ist unterzeichnet vom „Zentralkomitee der U. S. V. D.“ (Ernst Däumig, Adolf Hoffmann usw.) und der Zentrale der N. P. D. (Klara Zetkin, Paul Levi usw.) Unter diesen beiden Zentralkomitees prangt in einleuchtender Größe — und Bonano schaut auf sie als all die Seinen! — die Unterschrift Sinowjews als des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale.

Der Aufruf sagt den Leuten von der N. P. D. und linken U. S. V. viele glatte Worte. Die Ersteren werden die „würdigen Erben des geistigen Schatzes“ der großen Toten genannt, die Letzteren werden wegen ihrer Stärke gelobt, mit der sie das Band zwischen sich und der opportunistischen Rechten gelöst hätten. Sie hätten jetzt erkannt, daß „die Diktatur der Bourgeoisie nur niedergeworfen werden kann durch die Eisenfaust des Proletariats, die Diktatur des Proletariats“. Eisenfaust — unwillkürlich erinnert man sich an Wilhelms „gepanzerter Faust“. — Aber auch die noch abseits stehende N. P. D. wird aufgefordert, sich dem neuen Bunde anzuschließen und bekommt dazu soviel Honig ums Maul geschmiert, daß man fast gar nicht mehr an den Stoch denkt, der im Hintergrunde droht, falls der Honig nicht wirkt.

An der Vereinigung zwischen linker U. S. V. und N. P. D. ist nach diesem Aufruf nicht zu zweifeln, während es sehr dahin steht, ob die N. P. D. den an sie ergangenen Forderungen folgen wird.

Die Handschuhe.

Schon eine Station hinter Dessau ging's los: „Karl, zieh deine Handschuhe an!“ Karl ignorierte die Aufforderung und vertiefte sich ostentativ in die herrliche Landschaft, so sich in Gestalt von Mühlendämmen zwischen Dessau und Magdeburg breitet.

Frau Ködchen Hoinlies hat die große Trauergala angelegt (es gibt eine große und eine kleine Trauergala), hält einen Kiefenbaum im Gedränge der 4. Klasse kampfschreiend an sich gedrückt, hat Angst um ihren feinen schwarzen Handschuh und führt durch einen hartnäckigen Kampf mit ihrem widerpenstigen Karl.

In Magdeburg wird Tante Rosine begraben. Tante Rosine ist Karichens Taufpatin und sehr wohlhabend. Und überhaupt gehört es sich, daß man seine schwarzen Handschuhe anzieht, wenn man zum Leichenbegängnis fährt.

Frau Ködchens Gedanken machen einige Sprünge, der Zug tut weh, und so nähert man sich allmählich Magdeburg.

„Karl, die Handschuhe sollst du anziehen!“ Aber Karl zeigt keinerlei Reizung, Erstens hat er ein Gewinde aus dünnen Papierstücken zu halten, und zweitens ist es sehr heiß, und drittens sind ihm die dicken kratzigen Baumwollhandschuhe ein Grauel.

Auf dem Bahnsteig in Magdeburg werden, angetan mit Zylinder und schwarzen Handschuhen, Schwager Otto und Onkel Hubert stehen; und Tante Agnes hat bestimmt ihr Schwarzseidenes an. Es gehört sich also, daß Karl seine schwarzen Handschuhe anzieht, damit, wenn man aussteigt, ... und überhaupt, man muß sich mit dem Jungen schämen, wenn er keine Handschuhe anhat, überlegt Frau Ködchen Hoinlies aus Dessau und hört nicht auf zu quengeln.

Karl hat es satt. Innerlich ist er schon entschlossen zu Lappinieren. Der Zug hält zum letzten Male vor Magdeburg. „Abfahrt!“ ruft der Schaffner und haut die Coupétür zu. Weggeheul erhebt sich. Der Schaffner reißt die Türe auf, schimpft; das nützt aber nichts, Karls Hand ist dazwischen, zwei Finger sind zerquetscht, futsch.

Mutter Hoinlies jammert; aber Karichens ist ganz still und plätsch, indes ein Schummer von Blut über sein schmerzerntes Gesicht fließt, bricht er in den Triumphschrei aus:

„Siehst du, Mutter, nun brauch ich die Handschuhe gar nicht anzuziehen!“

Dann wackelt ihm ein blühendes Schwert vor den Augen.

H. N.

„Der Weg zur Macht.“ Seines neuen, im Münchener Refektorium neu veröffentlichten Dramas Titel gibt das Thema an, das Heinrich Manns Gesamtwerk mannigfaltig variiert. Ueber den Gehalten, den Akzenten, daß hier nicht selbst der eigentliche Gedanke; was ihr Weg wird aufgewiesen als ein Sumpf, der

Blüten aus der Blumenstadt.

Die Erfurter „Tribüne“, das Organ der Erfurter Rechtsunabhängigen, befindet sich in großer Not und Verlegenheit. Die neokommunistischen Redakteure des Blattes sind in der Mehrheit und nutzen dies zusammen mit dem Vorsitzenden der Preskommmission aus, die unabhängige „Tribüne“ in ein kommunistisches Organ zu verwandeln. Damit ist jedoch der Verlag der „Tribüne“ nicht einverstanden. Er verbreitet ein Flugblatt, in dem es heißt:

Die bisherigen Parteigenossen werden schlimmer angegriffen als die Erzfeinde des Proletariats. Aus dem Parteiprogramm der U. S. V. D. hat die Redaktion ein persönliches Organ ihrer Herrschaft und Macht gemacht. ... Die für die Haltung der „Tribüne“ allein maßgebende Preskommmission ist bisher noch nicht einberufen worden, um Stellung in dieser Angelegenheit nehmen zu können. Der Vorsitzende der Preskommmission macht sich das Recht an, selbsttätig zu entscheiden. ... Man geht also über die von unseren Genossen eingesehen maßgebenden Instanzen höhnisch hinweg.

Angesichts dieses Hohndächelns wird der „Verlag“, das heißt die gerichtlich als Firmenträger eingetragene Handelsgesellschaft, energisch. Sie schließen einfach die ganze Bude:

Wir haben und deshalb beschlossen, vorläufig den Betrieb der „Tribüne“ zu schließen, bis die Angelegenheit gelöst ist. Wir als Firmenträger sind persönlich haftbar für Verluste, die durch das jetzige Verhalten der Redaktion und Geschäftsleitung entstehen werden. ... So auch, um uns vor persönlichem Schaden zu bewahren, haben wir die Schließung des Betriebes vornehmen müssen.

Die Neokommunisten werden diese Schließung als eine bössartige Vergewaltigung ansehen. Aber sie sind im Irrtum. Denn das Flugblatt der Handelsgesellschaft versichert:

Eine Vergewaltigung darf es unter Genossen nicht geben. Es muß auf jeden Fall alles verhindert werden, was den Bruderkampf verschärft; denn den Schaden von den Kämpfen in den eigenen Reihen trägt nur die Arbeiterkraft. Die Reaktion ist der lahme Dritte.

Die Schließung hat allerdings nicht lange gedauert. Die Handelsgesellschaft als die „rechtmäßigen Inhaber“ haben eine „minderheitsunabhängige“ Redaktion eingesetzt und den in Halle vor die Tür gesetzten Paul Hennig mit der politischen Leitung betraut. Dennig hat es fertig gebracht, die Halleischen Arbeiter in wenigen Jahren für Roslau reif zu machen. Er soll die Erfurter jetzt wieder umgekehrt dreifachen.

Die Argumente, die jetzt von den Minderheitsunabhängigen gegen das Vorgehen der Neokommunisten angeführt wurden, sind die gleichen, mit der die gemaltige Mehrheit der alten Sozialdemokratie sich gegen den Berufsleiterungsprozeß der Unabhängigen gewehrt hat. Wenn unsere Parteigenossen jedoch auf die Gefahren des Bruderkampfes und auf den Triumph der Reaktion hinwiesen, so wurden sie von den Unabhängigen verläßt und verhöhnt und — um mit den Worten des Flugblattes zu sprechen — „schlimmer angegriffen als die Erzfeinde des Proletariats“. Bevor wir wieder und wieder gewarnt haben, ist nunmehr in vollem Umfang eingetroffen: Der von der U. S. V. begonnene Bruderkampf hat zu einer Zerfegung in der Arbeiterbewegung geführt, die ihr unfehlbaren Untergang gebracht hätte, wenn sie nicht die Sozialdemokratische Partei mit aller Entschiedenheit für die Wahrung der alten sozialdemokratischen Traditionen und für die Aufrechterhaltung der sozialistischen Grundätze eingesetzt hätte.

Wiederkehr der Gleichen.

Den Akiba würde heute keine helle Freude haben. Alles vollzieht sich bei der Spaltung der U. S. V., wie es vor vier Jahren bei der Spaltung der Sozialdemokratie war. Damals wurde in Berlin zum Vorschein des „Vorwärts“ aufgeföhrt und die „Leipziger Volkszeitung“ mit lokalem Berliner Teil als einseitiger Ersatz angeboten. Die „Leipziger Volkszeitung“ ist jetzt auf der

seinen Morast auch an die Füße der Rechten hängen würde, wenn es deren gäbe. Im die Enttarnung aller menschlichen Verlogenheit, der wirklichen, wahrhaften Beweggründe menschlichen Handelns geht es in diesem Stück, das den General Bonaparte in einen Wirbel geschäftstüchtiger Republikaner und profitgieriger Bürger stellt, ihn, der seinen bleichen Ehepeiz mit Viraßen und großen Gesten notdürftig bekleidet. Bemühen wird, aus welchem Stoff Helden und Schurken gemacht sind und worin sie sich gleichen. Menschen und eine Zeit, um die Verklärung der Größe sich wov, wird zurückgeführt auf das kleine Maß ihrer Wirklichkeit und der Maßstab jeder Gegenwart für Vergangenes giltig erklärt. Hier ist feiner, bis zum letzten Statisten, der nicht nach Macht strebt, als gäbe es nur diese eine Leidenschaft; sie überflügelt als Begabtester, Verursacher jener hungerdürre Not, der alle anderen nützt und benutzt und Kraft jagt aus ihren Schwächen. Um solche Deillusionierung überzeugend zu bewerkstelligen, schenkt Mann kein Mittel, auch nicht die längst verpönten Theaterlauffe des alten Intrigenstück. Mit geschickter Hand ertast er Wirkungen und Wirkungsmöglichkeiten, aber er verzicht, daß der Dramatiker wählen und verworfen muß. Auch ein Theaterstück besteht aus mehr als Effekten. Die Aufführung unter der Regie Otto Liebshers ließ es sehr an sorgfältiger Auslegung der Einzelheiten fehlen und machte den Eindruck der Unfertigkeit. Kurt Stieler spielte den General Bonaparte, hart und kalt wie die Figur es fordert. Unbestrittener Beifall rief den Dichter mehrmals an die Klampe.

C. Mord.

Zwangsbeinquarterung nach dem Siebenjährigen Kriege. In den 15 Jahren der Regierung Friedrichs II. vor dem Siebenjährigen Kriege war die Einwohnerzahl der Hauptstadt Berlin von 90 000 auf 120 000 gestiegen, während des Krieges war die planmäßige Stadterweiterung unterblieben, eine starke Häuser speculation setzte ein. Die Häuser spekulant trieben Mietwucher auf Grund des noch gültigen Rechtsgrundsatzes: „Kauf bricht Miete.“ Am 15. April 1763 erließ Friedrich eine Verordnung an das Kammergericht, die von allen Anzeln verlesen wurde, und jenen Rechtsgrundsatz abschaffte. Schon 1763 hatte sich General v. Redell beim König beschwert, daß die Offiziere keine dreiwertigen Wohnungen erhielten. Der König griff ein, unterbörte die Bauamtigkeit durch Prämien, ließ ältere ein- und zweistöckige Häuser durch drei- bis vierstöckige ersetzen, auf Staatskosten errichten, das Militär wurde in Kasernen untergebracht, um für die Zivilbevölkerung mehr Wohnräume zu schaffen. Eine starke Drohung, welche zeigt, daß die zwangsweise Einquarterung von Wohnunghäusern in „Einzelhäuser der Reichen“ durchaus keine Erfindung der nachrevolutionären Zeit von 1818 ist, erließ der König an Polizei- und Stadterhaltung von Berlin, sie sollten darauf acht haben: „Daß diejenigen Christliche Partikuliers, auch Juden, so die besten und größten Häuser an sich zu bringen Gelegenheit gefunden haben, auch damit noch continuieren und dadurch guten Theils an der Steigerung der Mieten schuld sind, solche aus Uebermut und zur Leppigkeit nicht ferne alle in bewohnen, sondern soviel Familien, als noch Beschaffenheit der Häuser füglich darzuwöhnen, miethweise darin aufnehmen möchten.“ Wer sich dazu nicht gutwillig verstände, sollte „durch zöthlichen Zwang“ dazu angehalten werden.

rechten Seite geblieben, und prompt taucht in Leipzig, wie wir schon berichteten, das neokommunistische „Vollblatt für Halle“ mit Leipziger Lokalkol als Ersatz auf. Damit aber auch das Lippfeldchen auf dem i nicht fehle, erlassen jetzt Berliner Neokommunisten einen Aufruf zum Vorkauf der „Freiheit“.

Ob die Parteipalster vor vier Jahren wohl geträumt haben, daß sie mit jeder, aber auch mit jeder Seite einmal selbst geschäftig werden würden die sie selber gegen die einheitliche Arbeiterbewegung gebunden haben?!

Hamburg, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die neokommunistische Hamburger „Volkszeitung“ kündigt an, daß durch den schmachvollen „Raub“ der „Freiheit“ die neokommunistischen Genossen in Berlin sich gezwungen sähen, ein neues Blatt herauszugeben. Wie hier verlautet, befindet sich Wilhelm Herzog bereits in Berlin, um die Redaktion zu übernehmen. Jedenfalls zeichnet bereits ein anderer Redakteur für die Hamburger „Volkszeitung“.

Der lichtscheue Amtsrichter.

In Nr. 521 des „Vorwärts“ berichteten wir über eine geheimen Orgesch-Verammlung in Rudholm (Schleswig) und über die feilsame Werbede, die dort der Amtsrichter Dr. Ohlsen-Riehl gehalten hat. Amtsrichter Ohlsen hat nun der Zeitung „Der Schleswiger“, deren Bericht unserer Darstellung zugrunde lag, eine Entgegnung geschickt, in der er zunächst kurz erklärt, daß die Wiedergabe seiner Rede in einigen Punkten nicht den Tatsachen entspricht. Dann fährt er aber fort:

Ich enthalte mich jedoch, darauf näher einzugehen, weil die Zeitung durch einen Vertrauensbruch zu diesem Verdict gelangt ist. Der Bericht der Zeitung hat unerkannt der Versammlung beigewohnt, obwohl er in ihrem Verlauf dauernd erkennen mußte, daß es sich um eine vertrauliche Vereinsversammlung handelte. Ich übergebe diesen Tatbestand der beherrschenden Beurteilung durch die Öffentlichkeit.

Riehl, den 20. Oktober 1920.

Dr. Ohlsen.

Diese beleidigenden Hinweise auf den vertraulichen Charakter der Versammlung und die Indiskretion des Berichterstatters sprechen nicht für das gute Gewissen des Herrn Amtsrichters. Sie sind ein glattes Bekenntnis, daß in der Versammlung Dinge besprochen wurden, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hatten.

Das neue Deutschland.

Während der Parteitag der deutschnationalen Jubelstimmten auf „unseren herrlichen Erbau“, auf die Hohenzollern und auf des alten Reiches stolze Herrlichkeit anstimmten, lesen wir in einer soeben erschienenen Schrift von Dr. E. Roiten über die „Aufgaben künftiger Völkerveränderung“ in einem Vorwort des bekannten Soziologen und Hochschullehrers Friedrich Wilhelm Höpfer einige Sätze, von denen auch die Eigentümer des „durchgegeistigsten Parteiprogramms“, wie Herr v. Herzog; ebenso schon wie bescheiden sagte, einiges lernen können. Höpfer schreibt:

„Es nicht das Größte zu erwarten, wenn die deutsche Seele, erfüllt von dem Kampf einer kurzfristigen nationalen Selbstbehauptung, demüht alle Kräfte ihres Gemütes und Geistes wieder von neuem und in vertieftem Sinne ihrem alten Verufe zurückgeben und ihrem juchbaren Jertum abschwören wird, mit dem sie geglaubt hat, dem Gewaltigen in der Welt nur durch tödliche, Verjagung und Systematisierung des Gewaltweins begegnen zu können.“

Weiter spricht Höpfer von der Notwendigkeit, den Sinn für fremde Lebensmöglichkeiten zu wecken, und gibt in diesem Zusammenhang eine Definition des Imperialismus, die wir durchaus unterschreiben können. Er sagt:

„Sich fremder Rechte annehmen, das ist das größte Imperium — denn herrschen heißt dienen, heißt verbinden, heißt fremden Leben zur Entfaltung helfen!“

Wird Deutschland diesem neuen Dienst an der Menschheit entgegenreisen und erst dadurch sein eigenes wahres Leben und seine eigene Sicherheit wiedergewinnen? Erheben und befreien kam und jedenfalls in der gehemörartigen, dunklen Weltstunde

Kunstschau für Alt-Potsdam. Nach langjährigen mühsamen Verhandlungen ist jetzt die neue „Ortschau“ zur Verötigung der Verandaltung des Stadtwaldes „Potsdam“ rechtsgültig geworden. Sie sieht von der Aufzählung einzelner besonders zu schützender Bauten ab und schrebt vor, die Genehmigung zur Ausführung von Bauten und von Veränderungen der Gebäude allgemein zu verlagen, wenn durch die Ausführung die Eigenart des Orts- und Stadtwaldes beeinträchtigt würde. Verbesserungen der Schaulstätten sollen in Fällen besonderer Bedürftigkeit des Besitzers aus städtischen Mitteln erfolgen. Auch gegen Melldemung enthält die Schöpfung wirksame Schutzbestimmungen. Am tiefsten einsehbar aber ist die Vorschrift, daß in der Altstadt Alt- und Neubauten Bauhöhe und Geschoszahl nach dem ursprünglichen Bauplan zu erhalten haben.

Die Hamburger Volkshöhe. Unter Führung des Hamburg-Altonaer Arbeiter-Bildungsausschusses haben sich dieser Tage eine große Anzahl künstlerisch und sozial interessierter Vereine, Vereinigungen und Einzelpersönlichkeiten zusammengetan, um eine Volkshöhe für Groß-Hamburg ins Leben zu rufen. Sämtliche Theaterdirektoren Hamburgs sind dem Unternehmen beigetreten. Zum Vorsitzenden des Unternehmens, das in diesen Tagen mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit tritt, ist der Präsident der Hamburger Bürgerschaft, Genosse Kof, gewählt worden. Das Geschäftsjahr soll am 1. Januar 1921 beginnen.

Goethes Erben abgzwieft. Der Versuch der sogenannten Erben Goethes, auf die neuentdeckte Goethe zugeschriebene Festschrift „Handschuht Arbeiterrechte“ geltend zu machen, ist von der Hamburger Staatsanwaltschaft, bei der Strafbeklagung beantragt war, abgewiesen worden. Die Staatsanwaltschaft nimmt an, daß der Vorweis für Goethes Arbeiterschaft nicht erbracht sei und selbst wenn er erbracht wäre, würde dies Jugendwerk nicht zu seinen privatrechtlichen Werken gehören.

Das Werk ist jedoch in Hamburg erschienen.

Der Dramatiker Georg Kaiser ist wegen Eigentumsübergehen, die er in München beantragen haben soll, in Berlin in Haft genommen worden. Von ihm nachstehender Seite wird angenommen, daß er sich seit einiger Zeit nicht mehr in einem normalen Zustande befindet und nicht ins Gelingen, sondern in eine Irrenanstalt gehöre.

Porträte über „Die Antike“ und ihre deutsche Anwendung. (siehe am 1. Nov. Prof. Dr. Oltmann in Berlin zur Besprechung des Goethefestes. Einlaßkarten gratis bei der Geschäftsstelle Technische Hochschule.)

Theater. Am Staatlichen Schauspielhaus findet die Aufführung von Shakespeares „Richard III.“ am 3. November statt. — Das Deutsche Theater beschäftigt, das altenglische Drama „Keben von Avedesham“ aufzuführen. Herbert Hauptmann hat die Bühneneinrichtung und Inszenierung des Werkes übernommen.

Goethe-Vorträge in Berlin. Die Ortsgruppe Berlin der Goethe-Gesellschaft veranstaltet in diesem Winter eine Reihe von Vorträgen, die die Kenntnis von Goethes Dichten und Werken weiter verbreiten und Freunde anziehen sollen. Am 12. Nov. spricht im Saalgebäude der Universität Ernst Cassirer über „Goethe und Platon“.

was die Hoffnung, unser Volk werde das, was es durch Besinnung nicht zu erlangen vermöge, bereits durch den moralischen Gewinn wieder gutmachen, der ihm unfehlbar aus seinen jetzigen Demütigungen kommen wird.

Wir glauben nicht, daß sich die Deutschen in diese Worte Hörsers zu Herzen nehmen werden, da sie noch immer den Willen zur Macht mit dem Willen zur Kraft verwechseln und die rohe Gewalt ihr höchstes und einzigstes Ziel ist.

Von Eintritt in die heutigen Verhandlungen bringt Justizrat Oahn (Berlin) einen Antrag ein, die Reichstagsaktion zu erlösen, mit allen Mitteln auf Beschleunigung der Wahl des Reichspräsidenten hinzuwirken und die ständige Führungsnahme mit den anderen Parteien wegen baldiger Aufstellung eines „Führers des deutschen Volkes“ zum Reichspräsidenten aufrechtzuerhalten. „Wir wollen“, sagte der Antragsteller dazu, „einen Mann haben, zu dem wir aufblicken können.“

Hergt ergriff das Wort. Er „enthüllt“. Spricht von Verhandlungen an jenem berühmten Dienstag vor Kapps Rücktritt zwischen Vertretern der Militärminister und der alten Regierung. Dr. Richter als Vertreter des Reichspräsidenten habe erklärt, dieser sei der Auffassung, daß sein Amt automatisch erlösche, sobald die Nationalversammlung auseinandergehe. Es folge die gleiche Ansicht auf die Fortdauer der Preussischen Landesversammlung, die wir aus den Ausschüssen schon kennen. Hergt wird deutsch. Er droht. Man wolle hinsichtlich der Wahl des Reichspräsidenten „sein Auge mehr zudrücken“. Und weiter: „Wir wollen erst einmal abwarten, was unser Protest bewirken wird.“ Und wenn die preussische Regierung nicht pariert, marschieren dann Westarps Garde heran? Anfrage der Redaktion. Darauf tritt der Parteileiter in seine Tagesordnung ein.

Blinder Alarm.

Von unrichtiger Seite wird uns mitgeteilt:

In Presseausstellungen wird der Kreis Ederförde erneut in das politische Licht gerückt. Man verbindet die dortigen Verhältnisse geflissentlich mit den Ereignissen in den Märztagen und verkennt völlig, daß bisher eine Verhütung eingetreten ist, die nicht mehr dazu berechtigt, Vergangenes als Gegenwärtiges zu bezeichnen. Die Absicht der Verhütung kann daher nicht übersehen werden, wenn einige Stellen immer noch von einem „ungefährlichen Chaos“ in diesem Kreise reden, und es ist Scharfmacherei, wenn noch weiter von den bewaffneten Arbeitern und der organisierten roten Armees geredet wird, die dort niemals bestanden hat. Zur Wichtigstellung muß ausgesprochen werden, daß als Gegenwirkung gegen das von dem Gutbesitzer Kellinghusen in Ederförde zusammengekauften Freikorps Arbeiterwehren aufgetreten sind, die die Unternehmungen der unter dem Einfluß Kapps wirksam gewordenen Kräfte abzuwehren suchten. Diese Arbeiterwehren verschwanden mit der Rückkehr geflüchteter Zustände und sind nie wieder in Erscheinung getreten.

Wie es mit den „bewaffneten Arbeiterkreisen“ aussieht, das konnte man im Verlaufe der Entwaffnungsaktion lernen; da hat sich gezeigt, daß gerade aus Arbeiterkreisen der Ablieferungsbetriebe besonders große Mengen abgeführt wurden. Es ist ein ganz außerordentliches Verbrechen, noch immer mit den Ermittlungen des Geheimrats Rathenau hausieren zu gehen, der im Sommer als Kommissar des Innenministers nach dem Kreise geschickt wurde. Die damaligen Informationen treffen für die Gegenwart überhaupt nicht mehr zu und haben die Verhältnisse in einem Lichte gezeigt, bei dem die ursächlichen Zusammenhänge nicht zur Geltung gekommen sind. Die heutigen Zustände im Kreise Ederförde können nur für solche Personen beunruhigend erscheinen, welche ein Chaos lieber als normale Lebensverhältnisse sehen möchten, um dann gegen eine in Verzug gebrachte Ede alle möglichen Kräfte in Bewegung zu setzen. Industrie und Landwirtschaft gehen ungehindert ihren Aufgaben nach und es gibt keinen Beweis dafür, daß man gerade den Kreis Ederförde unter den Verwaltungsgebieten der Provinz Schleswig-Holstein als „bedrohliches Gebiet“ bezeichnen darf.

Ringum Kleinkörper! In der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ wird ein Brief Otto Käßles zitiert, in dem Käßle darauf hinweist, daß die R. A. P. D. mitten im Zerfall sei; Dittmann, Zährmann, Nordwest und Nord hätten sich schon von ihr losgelöst. Im Anschluß an diesen Brief beschuldigt das Organ der R. A. P. D. Käßle, die Parteizentrale zu betreiben und wolle ihm seine „verischwommene Kleinkörperlich orientierte Ideologie“ an den Kopf werfen. Wieviel Menschen gibt es nun eigentlich in Deutschland, die keine kleinkörperlichen Ideologen sind?!

Carl trauert. Aus Anlaß des Todes des Bürgermeisters Schwurg hat die Stadt Carl öffentliche Trauer angelegt. Alle amtlichen Bureaus wurden geschlossen.

Wirtschaft

Die Steuerrevisoren.

Daß der verlorenen Krieg jedem Volksgenossen schwere Steueropfer auferlegt, die getragen werden müssen, darüber besteht wohl nirgends ein Zweifel. Hoch gegen die bestehende Gesellschaftsordnung ergehen jedoch die Ungerechtigkeiten, die sich aus den zahlreichen Mängelstellen der Steuerhinterziehungen ergeben. Unendliche Schwierigkeiten bestehen hier zweifellos, vor allem in Folge der Geheimhaltung der Steuererträge, so daß eine gegenseitige Kontrolle der Steuerzahler sich nicht durchführen läßt. Nun soll ja ein größerer Apparat von sachkundigen Steuerrevisoren in Bewegung gesetzt werden, um innerhalb der Grenzen des Möglichen den Geschäftleuten etwas eingehend in die Bücher zu schauen. Von verschiedensten Seiten ist uns der Wunsch vorgekommen, und dafür einzusehen, daß die Steuerrevisoren an den Ergebnissen ihrer Prüfungen finanziell beteiligt werden, um sie gegen Bestechungen immun zu machen und sie zu größtem Eifer anzuapornen. Auch kommen für diese Aufgaben nur ganz hervorragend tüchtige und mit allen Kniffen wohl vertraute Praktiker in Frage, die nur bei entsprechend hohem Einkommen für solche Tätigkeit gewonnen werden können. Als die „Ufa“ die Mitarbeit der Angestellten aufgerufen hat, wurde von Seiten der Unternehmer dieser Ruf als Aufforderung zur „Immoralität“ abgewiesen. Wenn die zukünftigen Revisoren mit den Betriebs- und Angestelltenrängen Hand in Hand arbeiten, wird es vielleicht in bescheidenem Ausmaß gelingen, die Geschäftsführungen zur Ehrlichkeit zwingen zu können.

Beidermässigung für Röhrgarn. Die dem Röhrgarnverband angehörenden Röhrgarnfabriken haben mit Wirkung vom 15. d. M. die Preise für Sekundargarn vermindert um etwa 10 Proz. herabgesetzt.

Verhandlungen über Holzlieferungen in Paris. Zweck Teilnahme an den Verhandlungen, die jetzt in Paris wegen der Holzlieferungen aus Deutschland auf die Wiederherstellungsforderungen

stattfinden, ist eine Sachverständigenkommission gebildet worden. Der folgende Herren angehören: Dr. J. C. Hermann Himmelsbach, Vorsitzender des Zentralverbandes von Vereinen deutscher Holzinteressenten, Freiburg; Sägemerksbesitzer G. Altpfer (Holzgroßhandlung Köpfer u. Köpfer), München; Kommerzienrat Georg Müller, Holzimporteur, Leipzig; Hermann Lauterbach, Holzhandlungshändler, Westfalen; Hugo Walz, Direktor der Alltagsgesellschaft Berliner Holzhandlung. Man erwartet in nächster Zeit zunächst nur kleine Lieferungen aus fertigen süddeutschen Beständen, befürchtet aber, daß an den künftigen Wintern ein solches unersättliches Anforderungen gestellt werden.

Groß-Berlin

Berlin kreditunfähig!

Der Berliner „Lokal-Anzeiger“ veröffentlicht an der Spitze seiner heutigen Morgenausgabe unter der sensationellen Überschrift „Die Stadt Berlin kreditunfähig“ eine Notiz, wonach der Sachverständige eines Finanzkonzerns, bei dem Berlin ein Willkürspiel nachgesucht hatte, zu dem Ergebnis gekommen sei, die Kreditfähigkeit Berlins in Rücksicht auf seine neuerliche Verwaltungspraxis überhaupt und grundsätzlich in Abrede zu stellen.

Der „Lokal-Anzeiger“ verfolgt mit seiner Meldung offenbar den Zweck, die gegenwärtige und auch die kommende Kommunalverwaltung Berlins in Mißkredit zu bringen. Daß nicht allein das Reich, sondern auch die Gemeinden sich in einer trostlosen Finanzmiserie befinden, ist allgemein bekannt. Sie ist aber nicht verschuldet von den Verwaltungen, sondern von den Kriegstreibern, die sich im „Lokal-Anzeiger“ selbst ein Stellbildchen geben und durch das Kriegsbandentwurf unsere ganze Volkswirtschaft an den Rand des Abgrundes gebracht haben.

Daß die Meldung des Blattes völlig aus der Luft gegriffen ist, geht aus folgender Mitteilung des Berliner Magistrats hervor: Der Nachricht, die in einem heutigen Morgenblatt enthalten ist, wonach ein hervorragender Sachverständiger mit einer Prüfung der Finanzen der Stadt Berlin beauftragt und zu einem ungünstigen Ergebnis gelangt sei, muß mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Eine Prüfung der ziffermäßigen Unterlagen der Berliner Finanzen durch einen aufstehenden Sachverständigen hat überhaupt nicht stattgefunden. Wir behalten uns eine nähere Darlegung über die Finanzlage Berlins vor.

Der Stadtkämmerer von Berlin

gibt zu der Angelegenheit die folgende Darstellung: Die Stadt Berlin hat keine Bewilligung eines Darlehens bei irgendeinem Finanzkonzern nachgesucht. Kein Finanzkonzern und auch sonst niemand hat darum ersucht, daß ein Sachverständiger die Kreditfähigkeit der Stadt Berlin nachprüfe. Niemand hat daher auch irgendwelche für die Kreditfähigkeit der Stadt Berlin nachteiligen Erklärungen abgegeben oder abgeben können. — Die Aufwendungen der Stadt Berlin für Deamie, Angestellte und Arbeiter sind verhältnismäßig nicht höher als bei irgendeiner anderen Stadt in Preußen oder Ostpreußen, deren Finanzen solche verwalten werden. — Die Aufwendungen für die Gewerkschaften ruhen auf geschlicher Grundlage. — Es kann keine Rede davon sein, daß in Berlin für „Theater, Musik und sonstige angebliche Volkserziehung“ ungeheure Summen verausgabt worden seien. Der Stadt Berlin sind im Gegenteil häufig Fortwächter in entgegengekehrter Hinsicht gemocht worden, und besonders von bürgerlicher und rechtsstehender Seite.

Der Haushalt der Stadt Berlin

für 1920 wird vorwiegend in einigen Wochen fertiggestellt sein. Um ihn ins Gleichgewicht zu bringen, werden Erhöhungen der Steuern und der Wertsteuern und Einführung neuer Steuern notwendig sein. Wird dieser Notwendigkeit entsprochen, und es liegt kein Grund vor, daran zu zweifeln, so wird das Gleichgewicht in Einnahme und Ausgabe hergestellt werden können. Die Verhinderung des „Lokal-Anzeigers“, die Stadt Berlin habe vor kurzem zum Kurse von 88 eine 4-prozentige Anleihe auf den Markt gebracht, ist un wahr. Die weitere Verhinderung, diese Anleihe habe eine sehr kühle Aufnahme gefunden, entbehrt deshalb jeder Unterlage. — Es ist un wahr, daß der Geldbedarf der Stadt Berlin hoch vergrößert worden muß, im Gegenteil ist richtig, daß die Verzinsung im allgemeinen normal und teilweise sehr mäßig ist. Der für Berlin nachteilige Vergleich der Kurse der 4-prozentigen Anleihen der Städte Köln, Karlsruhe und München geht von unrichtigen Voraussetzungen aus. Die 4-prozentigen Anleihen dieser Städte sind nur in sehr geringen Beträgen am Markt und werden deshalb durch die in diesem Umfang noch vorhandene amerikanische Nachfrage auf einen hohen Kurs gehalten. Im Gegensatz hierzu behielten sich naturgemäß größere Beträge von Berliner Stadtanleihen an der Börse im Umlauf, die zurzeit in Amerika weniger gefragt werden.

Hiernach ist nicht die geringste tatsächliche Unterlage dafür vorhanden, an der Kreditwürdigkeit der Stadt Berlin zu zweifeln.

Ein Hotelmarder in der Falle.

Die Berliner Kriminalpolizei hat sich zurzeit ganz auf die Fährte der Hotelmarder eingestellt. Unter den großen Hoteldiebstählen der letzten Tage war besonders einer ungewöhnlich raffiniert angelegt, bei dem es sich um Wertgegenstände und Kleinfundstücke handelt, die der in Berlin weitenden Erzherzogin von Württemberg gehörten. Gestern gelang es nun, den witzigen Dieb zu fassen. Er wurde ein Opfer seiner ungewöhnlichen Dreistigkeit, denn er unternahm, nachdem er am Sonntag bei dem Diebstahl in den Zimmern der früheren Königin beinahe gesteckt worden war, bereits am nächsten Tage einen zweiten Versuch, einen anderen Gast zu bestehlen. Die Polizei stellte ihn als einen 1894 zu Baden gebürtigen Bildhauer Leonhard Birz, der seit einiger Zeit in Berlin in der Helldorfer 18 bei seiner Schwiegermutter wohnte. Den Diebstahl bei der Erzherzogin im gleichen Hotel beging er zunächst. Bevor jedoch eine Durchsuchung der Wohnung des Verhafteten vorgenommen wurde, hatte ein Rohrleger, der im Keller des Hauses zu tun hatte, in dem hinter dem Waschmesser versteckt ein Paket gefunden, das die Sachen enthielt, die der Königin von Württemberg gestohlen worden waren. Wird will diese Sachen von einem Unbekannten in der Schönhauser Straße gekauft haben. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß er selbst der Dieb ist.

Bei der Nachprüfung seiner Personalkarte stellte sich auch heraus, daß er schon mehrmals, auch bereits wegen Hoteldiebstahls verurteilt ist. Es handelt sich hier anscheinend um einen gewerkschaftlichen Hotelmarder, auf dessen Konto wohl noch andere, bisher unaufgeklärte Hoteldiebstähle kommen. Wird ist ein junger, elegant gekleideter Mann, der die rheinländische Mundart spricht. Es liegt begründeter Verdacht vor, daß er mit einem Spießgesellen gearbeitet hat. Eine verdächtige Person, die in dem Hotel kurz nach der Festnahme des Birz zunächst beobachtet und dann gesteckt werden sollte, ergriff die Flucht und entkam über die Dächer.

Der Raubmord an der Krankenpflegerin.

Der an der 23jährigen Krankenpflegerin Agnes Steinberg aus Potsdam verübte Raubmord am 8. September war heute Gegenstand einer Verhandlung vor dem Potsdamer Schwur-

gericht. Wegen Raubmordes ist der 23jährige Kaufmann Anton Ludwig aus Neudöhlen angeklagt. Im fraglichen Tage wurde Fräulein Steinberg in der Potsdamer Straße 10 in der Potsdamer Straße 10 ermordet und erdrosselt auf dem Sofa aufgefunden. Sämtliche Schmuckgegenstände waren geraubt. Am den Hals der Toten war eine Gardinenkordel gefesselt. Als Täter wurde später der Angeklagte in Charlottenburg von Berliner Kriminalkommissar Lehndorff verhaftet, als er im Begriff stand, die geraubten Schmuckgegenstände zu verkaufen. Zum Termin sind außer 14 Zeugen der Sachverständige, darunter Kreisarzt Medizinalrat Dr. Geißler, geladen.

Die in den Zeiten kaiserlich-königlicher Herrlichkeit. Immer wieder meldet man uns Fälle von Verheerung der Bezeichnung „kaiserlich“ oder „königlich“ an öffentlichen Gebäuden. So werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß z. B. auch die königliche Kunstschule in der Giholzstraße ihre „Königlichkeit“ noch nicht abgelegt hat. Erwarten sollte man, daß wenigstens in Gebäuden der Stadt Berlin überall die Hinterlassenschaft der kaiserlich-königlichen Herrlichkeit beseitigt wäre. Wir erfahren aber, daß auf dem Stande somit XA (Rebenderstraße) das Trauzimmer noch mit einem Bild Wilhelms II. geschmückt ist. Auch wird dort in Formularen und Stempeln das Landesamt noch als „Königlich“ bezeichnet. In dasselbe Kapitel gehört übrigens die Verleihung Eiserner Kreuze an weiß-schwarzem Bande (für Verdienste in der Heimat), mit der immer noch nicht Schluß gemacht worden ist. Zum Beispiel sind unter dem Personal der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte solche Ordensverleihungen noch bis in die allerletzte Zeit hinein vorgekommen. Man glaubt kaum, was alles in der deutschen „Republik“ noch möglich ist.

Beschaffungsbeihilfe für ehemalige Kriegsgefangene! Wie uns die Landesgruppe Groß-Berlin der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener mitteilt, können die Angehörigen von Kriegsgefangenen und ehemaligen Kriegsgefangenen, die noch am 3. September 1919 in Kriegsgefangenschaft, also Soldaten waren, die Beschaffungsbeihilfe gemäß § 33 Nr. 22 vom 20. November 1919, Seite 280 bewilligt erhalten, nach Verordnung des Reichsministers des Innern I. M. 9618 vom 2. Oktober 1920, soweit die Anträge nicht bereits gestellt, auch nachträglich beantragen. Die Einreichungsfrist ist mit dem 1. November 1920 beendigt. Alle in Frage kommenden müssen sich an die Kriegsgefangenenheimstelle ihres Wohnortes wenden bzw. an den Gemeindevorstand. Für den Stadtkreis Berlin werden die Anträge im Militärbureau des Magistrats Berlin, Klosterstr. 68, Zimmer 10, entgegengenommen und bearbeitet. Als Nachweis dienen neben den üblichen Militärpapieren die polizeiliche Anmeldung und die Vorlegung des Unterführungsbogens, aus dem hervorgeht, daß die Angehörigen laufende Unterhaltungen der Kommunen bezogen haben.

Unregelmäßigkeiten im Ringbahnverkehr. Standalöse Zustände herrschen zurzeit, wie man uns schreibt, wieder im Ringbahnverkehr. Die Tage, an denen die Röllringe auf dem Potsdamer Ringbahnhof ohne oder mit geringer Verspätung eintreffen, sind zu zählen. Verspätungen von 10, 15, 20, 30 Minuten, ja sogar 1/2 Stunden, besonders in den Vormittagsstunden, bei einer Strecke, die regulär in 15 Minuten mit der Ringbahn zurückgelegt wird, sind an der Tagesordnung. Die Rüge halten auf offener Strecke oft drei- bis viermal. Den Grund hierfür kann man nicht erfahren. Mit der Vernehmung der Rüge ist diese planlose Wirtschaft wohl kaum zu motivieren, ebensowenig mit Materialschaden. Denn die bisherigen Zeitabläufe zwischen den einzelnen Rügen von 10, 15, 20 Minuten sind doch reichlich genug bemessen. Das beweist ja auch die Befandmachung der Eisenbahnverwaltung, wonach künftig die Einlage von weiteren Rügen erfolgen soll. Man darf gespannt sein, ob bei dieser neuen Anordnung ein besseres Funktionieren im Ringbahnverkehr eintreten wird. Die augenblicklichen Zustände sind unhaltbar.

Wohnlicher untergehaltene Kasernen. Die Kasernen der Reichswehr sollen auf Wunsch des Reichswehrministers wohnlicher ausgestaltet werden. Der Reichswehrminister hat sich damit einverstanden erklärt, wenn dies nicht über die Grenzen der Vorschriften geht und die verfügbaren Mittel der Landesfinanzämter dazu verwendet werden können. Zuerst kommt die Erhaltung der Gebäude, dann deren gebrauchsfähige Instandhaltung und hierauf erst Ausgaben für die Wohnlichkeit. Es läßt sich nicht übersehen, ob etwa für 1920 besondere Mittel dafür überwiesen werden können. Es ist dies erst möglich, wenn endgültig feststeht, welche Gebäude zur Unterbringung der Reichswehr, des Reichswasserwerkes und der Sicherheitspolizei verwendet werden und welche Mittel zur gebrauchsfähigen Instandhaltung dieser Gebäude etwa über die Reichsfinanzen hinaus erforderlich sind. Anträge auf besondere Mittel sollen deshalb erst gestellt werden, wenn diese Fragen endgültig geklärt sind oder die Verbesserungen mit Voraussetzungen vorgenommen werden können. Die Finanzlage läßt nur unendlich notwendige Bauten zu.

Neues aus dem Arbeiter- und Angestelltenrecht. Gesetzgebung und neuer Vertrag zu betrachten. Schlichtungswesen, Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Arbeitsnachweise, Tarifwesen usw. behandelt Reg.-Bl. Dr. Hermann Dersch in einer Vortragsreihe an der Dumboldt-Hochschule, Lehrstätte Georgenstr. 30/31, Dienstag 8-9^{1/2}, Beg. 2. Kon. Karten vor der Vorlesung.

Der sozialistische Pfarrer Meier spricht am 28. Oktober, abends 7^{1/2} Uhr, in Lichterfelde — Oberrealschule, Ringstraße — über das Thema: „Krieg oder Frieden“. Am Sonntag, 31. Okt., morgens 10 Uhr, hält Pfarrer Meier in der Christlich-sozialen in Charlottenburg eine religiöse Vortragsreihe ab. Das Thema lautet: „Reformation und Revolution“. Montag, 1. Nov., abends 8 Uhr, spricht Pfarrer Meier in der Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft im Café Kautz, Berlin, Potsdamer Straße 28, über: „Fordert die religiöse Geist ein Bekanntnis unseres Schicksals“.

Vom Kleinkind bis zur Lebensbildung lautet das Thema eines Vortrags, mit dem im Kleinkindkammer, die Leiterin des Kleinkinderkammer in Lichterfelde am Donnerstag, 28. Oktober, 7 Uhr, im Berner-Siemens-Gymnasium, Hohenstaufenstr. 47/48 (nahe Untergrundbahnhof Viktoria-Platz) den acht Abende umfassenden Vortragszyklus des Bundes evangelischer Schulreformer über Erziehungstragen eröffnet. Eintritt 2 M., für die ganze Serie 10 M. Karten bei Richard Gramwald, Antikr. 39 (nahe am Wannsee-Bahnhof) und an der Abendkasse.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 26. Oktober:

Angloj. Vereinigung (S.P.D.) 7 Uhr: Oben beteiligt sich an der Propagandaverammlung der Gruppe Lichterfelde. — **Truppel** bei Bule, Berder, Ude Kaiser-Wilhelm-Strasse. — Alle Ortsgruppen werden gebeten, ihre Veranstaltungen für das November-Wahlprogramm heute noch telephonisch anzugeben: Neudöhlen 1743 (Scholz) oder Ringplatz 10717 (Kauptvorstand).

Morgen, 27. Oktober:

1. Abt. 7 Uhr: Vortragsveranstaltung im Nationalhof, Silesenstr. 87. Referent Genosse Wobus über „Steuerfragen“.
2. Abt. 7 Uhr: Die Karten zur „Reber“-Ausführung am 8. 11. 20 sind abzugeben beim Abteilungsleiter Döing, Landsberger Allee 157/58.
3. Abt. 7 Uhr: Vortragsabend bei Partel, Kloppestraße, Ude Wörthstr. 34, Berder, Schönhauser Allee, Ude Schwedter Straße, Berder, Oberberger Str. 34.
4. Abt. 7^{1/2} Uhr: Vortragsabend bei Otto Schreiber, Verlegerstr. 62 und Georga Boges, Berder Str. 19/19.
5. Abend. Frauenabend 7^{1/2} Uhr im „Bürgergarten“, Röggenbrunn, Ude Kloppestraße. Ref.: Genossin Dr. Käthe Frankenthal: 88 218/19 des Str.-B. B. (Unterbrechung der Schwangerschaft).
6. Vortragsabend 7^{1/2} Uhr bei Lehmann, Kaiser-Wilhelm-Str. 28/29, Berder, Kloppestraße.
7. Vortragsabend 7^{1/2} Uhr im Realgymnasium, Ringstr. 1. Ref. Genossin Wachenheim: Bericht über den Frauenkongress.

Gewerkschaftsbewegung

Der bolschewistische Abschied.

Die Sinowjew und Rosowskij scheinen zu der Erkenntnis gekommen zu sein, daß die Forderungen, die sie in ihren Reden gegen die deutsche und die internationale Gewerkschaftsbewegung heraufschleuderten, nicht gerade geeignet sind, die Herzen der deutschen Arbeiter für das Moskauer Ideal zu erobern. Offenbar, um die übliche Wirkung der Reden in Berlin und Halle abzuwehren, verfaßte die „Rote Fahne“ in ihrer heutigen Ausgabe unter dem Titel „Wer beleidigt das deutsche Proletariat?“ einen offenen Brief der russischen Sendboten an die deutschen Arbeiter.

Noch einmal werden in dem Artikel — er ist nur 4 1/2 Spalten lang — alle die Verdächtigungen, Verleumdungen und Verdröhlungen der Tatsachen zusammengefaßt, um die Massen der Arbeiter gegen ihre gewerkschaftlichen Führer, die „Organe des Kapitals“ — wie die russischen Sendboten sie nannten und nennen — aufzureizen. Es verlohnt sich nicht, auf diesen immer wieder repetierten alten Quark erneut einzugehen.

Was wir aus unserer Erfahrung bereits wußten und was das Auftreten der russischen Delegation uns von neuem bestätigte, ist die Tatsache, daß die Stärke der östlichen Rätereden, wieder in Reden und recht lange Reden sind. Wenn sie nur halb so viel Energie für die Beseitigung der unsäglich traurigen Zustände in eigenen Lande aufbrächten, als sie für die Abfassung groß angelegter Reden und langatmiger Artikel aufwenden, manches wäre in Rußland heute vielleicht besser als es leider ist. Aber zur praktischen Arbeit langt es bei den östlichen Spintistern nicht. Sie suchen die Raue im Reiz des Nachharn, während es ihnen am eigenen Leibe jaht. Sie erkennen in ihrem dogmatischen Glaubensbekenntnis nicht ihre eigene Schwäche; sie scheitern in ihrem Nationalismus den Bannstrahl gleich den christlichen Glaubensheiligen gegen alles, was anders denkt. Denn nur sie haben den allein selig machenden Glauben. Die diese Apostel erschöpfen sie ihre Kraft in Ermahnungen und Belehrungen der einen, Verfamungen und Verdammnis der anderen.

Wenn nur mit großen Reden, mit spaltenlangen Artikeln die sozialistische Weltanschauung erbaute werden könnte, hätten wir in Rußland schon längst den Idealstaat, so aber sehen wir ein heruntergekommenes Land mit einer verelendeten Bevölkerung, die in ihrer Masse nur infolge ihres Stumpsinnes die bolschewistische Diktatur erträgt. Mit Aposteln einer solchen höheren Kultur bleibe man der deutschen Arbeiterklasse vom Halbe. Die durch die deutsche Gewerkschaftsbewegung geschulte Arbeiterschaft hat den ungeheuren Wert der gewerkschaftlichen Organisation zu erst erkannt, um sich von Sinowjew oder Rosowskij oder deren Reister Lenin oder Trotski von ihrer Ueberzeugung abbringen zu lassen.

Der vereinsamte Leichenmüller.

Am Montag nahmen die dem Metallarbeiterverband angehörenden Betriebsräte in einer gemeinsamen Versammlung mit der erweiterten Ortsverwaltung Stellung zu den Beschlüssen des Betriebsrätekongresses. Nach dem Bericht des Referenten Siemann nahm Richard Müller als erster Diskussionsredner das Wort. Eine volle Stunde wandte er seine Bereitschaft an, um den Versammelten klarzumachen, daß die Betriebsräte bei der Zentrale in der Mühlstraße bleiben müssen und daß der Beschluß des Kongresses, der die freigewerkschaftlichen Betriebsräte in Angliederung an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammenfassen will, abgelehnt werden müsse.

So sehr sich Müller auch bemühte, die Stimmung der Versammlung für sich und seine Zentrale zu gewinnen, es gelang ihm nicht. Ueberall stieß er auf lebhaften Widerspruch. Nicht nur bei denen, die seine Politik von jeher abgelehnt hatten, sondern auch bei denen, die sonst mit ihm Arm in Arm gingen im vermeintlichen Kampfe gegen „Gewerkschaftsbureaukratie“, „Bongentium“, „Arbeiterverräter“ usw. Es zeigte sich deutlich, daß Richard Müller in den Reihen der Berliner Metallarbeiter, die einst die stärksten Stützen seiner Kraft waren, wenigstens in der Be-

triebsrätefrage fast jeden Anhang verloren hat. Mühsam kämpft er um eine verlorene Position.

Er äußert verwies darauf, daß die von Müller vertretene Idee der selbständigen Betriebsrätezentrale mit Selben und Inorganiziertheit nur in Berlin einen Resonanzboden gefunden habe, von den freigewerkschaftlichen Arbeitern im Reich aber entschieden abgelehnt werde. — Ulrich, der Müllers Betriebsrätepolitik scharf beurteilt, warf die Frage auf: Nachdem sich die Gewerkschaften gegen die Zentrale in der Mühlstraße erklärt haben und ihr keine Gelder mehr bewilligen werden, wollen wir denn mit den Holzarbeitern allein die Zentrale aufrechterhalten und können wir denn die Mittel dafür aufbringen? Ein einstimmiges: „Nein, nein“ beantwortete diese Frage.

Ziska, Berliner Ortsvorsitzender des Metallarbeiterverbandes, wandte sich ebenfalls gegen Müller und betonte: Die Beschlüsse des aus allen Teilen Deutschlands beschickten Betriebsrätekongresses müssen auch von denen geachtet und befolgt werden, die in der Rinderzeit geblieben sind.

Der Versammlung lagen zwei Resolutionen vor. Eine von Gräber, die die Beschlüsse des Betriebsrätekongresses billigt, und eine Resolution von Richard Müller, welche die Kongressbeschlüsse ablehnt. — Als die Abstimmung vorgenommen werden sollte, lief ein Antrag ein, die Abstimmung zu vertagen und den Mitgliedern erst die vom Betriebsrätekongress gebilligten Richtlinien des Gewerkschaftsbundes im Druck zuzustellen. Ralsch, der seinem Freund Müller eifrig sekundierte, griff nach diesem Antrag wie der Estrindende nach einem Strohhalm. Der Antrag wurde dann auch nach wiederholter Abstimmung mit einer zweifelhaften, jedenfalls nur äußerst geringen Mehrheit angenommen.

Damit ist Richard Müller und der Mühlstraße noch eine kurze Galgenfrist geröhrt. Nach der Stimmung, die in der Versammlung herrscht, kann angenommen werden, daß die endgültige Entscheidung für den Betriebsrätekongress und gegen die Mühlstraße ausfallen wird.

Der wilde Nieterstreik.

Hamburg, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Im Hamburger Nieterstreik ist eine Veränderung nicht eingetreten. Die Nieter haben die Arbeit noch nicht aufgenommen. Auf den Werften ist sonst alles ruhig, da diese noch vorläufig weiter arbeiten können. Aus Kiel wird gemeldet, daß die Verhandlungen, die dort gestern stattgefunden haben, bisher zu keinem Erfolg führten.

Ende des Kieler Streiks.

Wie aus Kiel gemeldet wird, ist der Zustand in der Kieler Fischindustrie nach weiterem Entgegenkommen der Arbeitgeber beendet worden. Die Arbeit wird im Laufe des heutigen Tages wieder aufgenommen.

Der Tarif der Arbeiter im Einzelhandel.

Ueber den Stand der Lohnbewegung der Handels- und Einzelhandelsarbeiter wurde Montag abend in einer von Tausenden besuchten Versammlung der genannten Arbeiterschaft Bericht erstattet. Vollmeier und Ortmann referierten. Die Verhandlungen mit der Einzelhandelsgemeinschaft hatten sich verzögert wegen des ganz unbilligen Verlangens des christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverbandes, als gleichberechtigter Kontrahent zu den Verhandlungen hinzugezogen zu werden. Endlich wurde zwischen dem Deutschen Transportarbeiterverband und der Einzelhandelsgemeinschaft über den Manteltarif am 20. Oktober in zwölfstündiger Sitzung und am Montag, den 21. Oktober, in dreistündiger Sitzung über den Lohnsatz beraten. Die neue Fassung der Tarifbestimmungen enthält unter anderem folgende Festsetzungen: Die Wochenlohnzeit für die sechs Wochenlohnzeit beträgt bis zu 48 Stunden; bei durchgehender Arbeitszeit muß eine Erfrischungspause von 30 Minuten gewährt werden. Ueberstunden werden mit 25 Proz. Aufschlag für die beiden ersten, mit 60 1/2 Proz. für weitere Stunden, für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit berechnet. Für die gesetzlich freigegebenen Sonn- und Feiertage werden 25 Proz. Aufschlag gezahlt, jedoch muß mindestens ein Tagelohn erreicht werden. — Die Arbeitnehmer erhalten, soweit sie vor dem 1. April im Betriebe tätig sind, grundsätzlich Urlaub unter Fortbezahlung ihrer Bezüge. Der Urlaub beträgt je nach Dauer der Tätigkeit 6—15 Tage.

Für den Lohnsatz sind zwei Gruppen geschaffen. Gruppe A (Einzelhandelsbetriebe mit mehr als 20 Arbeitnehmern) und Gruppe B (kleinere Detailgeschäfte). — Neue Lohnsätze der Gruppe A: Für die Jugendlichen bis zum 20. Lebensjahr soll es bei den bisherigen Löhnen bleiben. Für die männlichen Erwachsenen nach dem vollendeten 20. Lebensjahr wurde ein Wochenlohn von 220 M. (bisher 200 M.) zugestanden. Außerdem erhalten Verheiratete mit unterhaltspflichtigen Kindern bis zum 15. Lebensjahr monatlich 45 M. dazu. Weibliche Erwachsene erhalten: 1. Reinmachefrauen und Toilettenfrauen 185 M.; 2. Fahrhelferinnen und Foderinnen 165 M.; 3. alle übrigen 145 M. Alleinlebende weibliche Transportarbeiter mit versorgungspflichtigen Kindern unter 15 Jahren erhalten außerdem monatlich 45 M. — Lohnsätze für Gruppe B: Männliche Jugendliche erhalten 50—140 M. je nach Alter. Erwachsene im 21. Lebensjahr 150 M. und nach dem vollendeten 21. Lebensjahr 200 M. Verheiratete mit unterhaltspflichtigen Kindern bis zum 15. Lebensjahr erhalten außerdem monatlich 45 M. — Weibliche Jugendliche erhalten 85—95 M. je nach Alter; weibliche Erwachsene im 21. Lebensjahr 115 M. und nach dem vollendeten 21. Lebensjahr 180 M. Alleinlebende weibliche Transportarbeiter mit Kindern im Alter bis zu 15 Jahren erhalten auch hier außerdem monatlich 45 M.

Der Manteltarif soll bis zum 30. September 1921 gelten, der Lohnvertrag dagegen bis zum 28. Februar 1921. Die Jugendkinder sollen ab 1. Oktober. — Nach lebhafter Debatte wurde mit übergroßer Mehrheit die Annahme von Manteltarif und Lohnvertrag beschlossen.

Gewerkschaften. Alle Kollegen, die ihr Geld noch nicht erhalten haben, müssen sich sofort bei Thelemann, Waldener Str. 19, ihre Entlassungspapiere abholen (große Neuschreibung in die Listen der neuen Fabrikfabrik).

Kontrollverband der Angestellten. Funktionärversammlung Mittwoch 7 Uhr „Deutscher Hof“, Ludowikstr. 18.

Aus aller Welt.

Ein großer Postfachschwindel vor Gericht. Vor dem Schwurgericht in Karlsruhe begann Montag die Verhandlung gegen den Kusthelfer beim Postfachamt Karlsruhe Viktor von Redow, den Kaufmann Arnold Bühler und den Gewerbelehrer Karl Josef Hartwig, sämtlich aus Karlsruhe, wegen umfangreicher Schwindelkassen beim Postfachamt. Die drei fälschten circa 30 Postfachablässe, die auf ein fingiertes Postfachkonto lauteten. Am ganzen wurde diesem Konto über eine Million ausbezahlt. Ehe der Schwindel entdeckt wurde, konnten die Durschen über 600 000 M. erheben.

Durch ein Großfeuer wurde heute vormittag der Rohmagazinbau der Redarsalmer Fahrzeugwerke in Redarsalmer zerstört.

Feuer in einer Gewerkschaft. Blättermeldungen zufolge brach am Sonntag in Delony im Erzgebirge in der Schneidemühle des Sehdelschloßes der Gewerkschaft „Deutschland“ Feuer aus, das in den riesigen Holzvorräten reichliche Nahrung fand. Das Feuer brannte bis Montag früh und richtete großen Schaden an.

Das Defizit der württembergischen Landesregierung. Gegen den von der württembergischen Regierung eingebrachten Gesetzentwurf, durch welchen die Stadt Stuttgart verpflichtet werden soll, von dem zu 4,3 Millionen Mark veranschlagten Defizit der Landesregierung die Hälfte zu übernehmen, hat der Gemeinderat der Stadt Stuttgart entschieden Einspruch erhoben, indem er die Zustimmung als eine staatliche Gewaltmaßnahme begehrt, die in ganz Deutschland ohne Vorgang sei. Das eingebrachte Gesetz verleihe auch das in der Reichsverfassung garantierte Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Schwarzverband der Schwarzhörigen. Donnerstag, 28. Oktober, 7 1/2 Uhr, in der Neuen Volkshalle, Köpenicker Str. 96, Vortragsabend über „Die Meisterwerke der Kunst aller Zeiten“ (für jeden Schwarzhörigen durch den Bibliothekar permeierbar). Gäste willkommen. — Berliner Handwerkerverein. Sonntag, 18. Oktober, 27. Oktober, abends 8 Uhr, Vortrag des Herrn Lehrer E. Boren: „Der Mensch der Urzeit“ (Mit Lichtbildern).

Erhalten für den Defizit. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glode, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin.

Stoffe

100 Herren-Anzüge, 100 Damen-Kostüme.
Wetter 50, 100, 150, 200, 300. Wert.
Für langjährige Verbindungen mit altbewährten Fabrikanten können wir preiswerte, gute Qualitäten.
Koch & Seeland G. m. b. H.
Geogr. 1923, Gertraudenstr. 20-21, Geogr. 1923.

Elektro-Motore

Bestenfalls-Annahme-Verfahren. In- und Auslieferung für alle Arten elektrischer Maschinen.
1923, Kurtze Str. 15 (Wärz-Pl.)

Verkauf

Wollwaren: 100, 150, 200, 300, 400, 500, 600, 700, 800, 900, 1000, 1100, 1200, 1300, 1400, 1500, 1600, 1700, 1800, 1900, 2000, 2100, 2200, 2300, 2400, 2500, 2600, 2700, 2800, 2900, 3000, 3100, 3200, 3300, 3400, 3500, 3600, 3700, 3800, 3900, 4000, 4100, 4200, 4300, 4400, 4500, 4600, 4700, 4800, 4900, 5000, 5100, 5200, 5300, 5400, 5500, 5600, 5700, 5800, 5900, 6000, 6100, 6200, 6300, 6400, 6500, 6600, 6700, 6800, 6900, 7000, 7100, 7200, 7300, 7400, 7500, 7600, 7700, 7800, 7900, 8000, 8100, 8200, 8300, 8400, 8500, 8600, 8700, 8800, 8900, 9000, 9100, 9200, 9300, 9400, 9500, 9600, 9700, 9800, 9900, 10000.

Wohnung

Wohnung mit 3 Zimmern, 1000 M. Miete, 1000 M. Kaufpreis.
1923, Kurtze Str. 15 (Wärz-Pl.)

Wohnung

Wohnung mit 2 Zimmern, 800 M. Miete, 800 M. Kaufpreis.
1923, Kurtze Str. 15 (Wärz-Pl.)

Wohnung

Wohnung mit 1 Zimmer, 500 M. Miete, 500 M. Kaufpreis.
1923, Kurtze Str. 15 (Wärz-Pl.)

Wohnung

Wohnung mit 1 Zimmer, 300 M. Miete, 300 M. Kaufpreis.
1923, Kurtze Str. 15 (Wärz-Pl.)

Wohnung

Wohnung mit 2 Zimmern, 1000 M. Miete, 1000 M. Kaufpreis.
1923, Kurtze Str. 15 (Wärz-Pl.)

Wohnung

Wohnung mit 1 Zimmer, 800 M. Miete, 800 M. Kaufpreis.
1923, Kurtze Str. 15 (Wärz-Pl.)

Wohnung

Wohnung mit 1 Zimmer, 500 M. Miete, 500 M. Kaufpreis.
1923, Kurtze Str. 15 (Wärz-Pl.)

Wohnung

Wohnung mit 1 Zimmer, 300 M. Miete, 300 M. Kaufpreis.
1923, Kurtze Str. 15 (Wärz-Pl.)

Wohnung

Wohnung mit 2 Zimmern, 1000 M. Miete, 1000 M. Kaufpreis.
1923, Kurtze Str. 15 (Wärz-Pl.)

Wohnung

Wohnung mit 1 Zimmer, 800 M. Miete, 800 M. Kaufpreis.
1923, Kurtze Str. 15 (Wärz-Pl.)

Wohnung

Wohnung mit 1 Zimmer, 500 M. Miete, 500 M. Kaufpreis.
1923, Kurtze Str. 15 (Wärz-Pl.)

Wohnung

Wohnung mit 1 Zimmer, 300 M. Miete, 300 M. Kaufpreis.
1923, Kurtze Str. 15 (Wärz-Pl.)